

Nach Prêles-Debakel: Drei Asylunterkünfte im Fokus

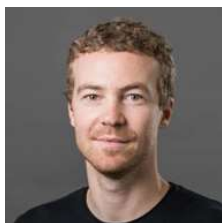
Abgewiesene Asylsuchende sollen künftig in Biel, Aarwangen und Gampelen untergebracht werden. Für sie gilt ab Mitte 2020 ein strengeres Regime.

Samstag 23. November 2019 07:51 von **Marius Aschwanden**

<https://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/nach-prelesdebakel-drei-asylunterkuenfte-im-fokus/story/23854651>



In den Baucontainern auf dem Bözingenfeld werden auch künftig Asylsuchende leben. (Bild: Peter Samuel Jaggi)



Marius Aschwanden

Für Philippe Müller (FDP) war es die erste grosse Niederlage als Regierungsrat. Das Kantonsparlament versenkte im März das Vorhaben, im ehemaligen Jugendheim im bernjurassischen Prêles ein Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylbewerber einzurichten. Nach der Schlappe kündigte Müller an: «Wir haben einen Plan B.» Wie dieser allerdings aussieht, wollte er damals noch nicht sagen. Recherchen zeigen jetzt: Anstelle eines grossen Rückkehrzentrums plant der Kanton drei kleinere.

Vorgesehen ist, dass die heutigen Durchgangszentren im Bieler Bözingenfeld, in Gampelen und in Aarwangen auf Mitte 2020 umfunktioniert werden. Während dort aktuell sowohl Asylsuchende mit positivem als auch solche mit negativem Entscheid leben, sollen es gemäss der neuen kantonalen Strategie künftig nur noch letztere sein. Die Unterkünfte bieten insgesamt Platz für über 450 abgewiesene Personen, bis diese in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Regierungsrat Müller bestätigt auf Anfrage die Recherchen. «Wir haben mit verschiedenen Gemeinden Gespräche geführt und jene drei Standorte ausgewählt, die aus unserer Sicht am besten geeignet sind.» Ausschlaggebend sei etwa die Kapazität der Zentren und die bisher

gute Zusammenarbeit gewesen. Wer die Unterkünfte führen wird, ist noch nicht klar. «Das Ausschreibungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen», so Müller. Heute betreibt der Verein Asyl Biel und Region die Zentren in Biel sowie Gampelen und die Heilsarmee jenes in Aarwangen.

Befristete Lösung

Mit dem Rückkehrzentrum in Biel verabschiedet sich die Regierung nun teilweise von ihrer früheren Strategie. Zwar ist nach wie vor klar, dass Asylsuchende mit positivem und solche mit negativem Entscheid strikt getrennt wohnen sollen. Letztere wollte der Regierungsrat aber eigentlich möglichst abgelegen unterbringen. Nicht zuletzt deshalb war Prêles die bevorzugte Wahl. Denn durch die dezentrale Lage falle es den Personen weniger leicht, unterzutauchen. Befinde sich eine Unterkunft hingegen in Stadtnähe, erhöhe sich diese Gefahr, sagte Müller im Rahmen der Debatte im März.

In Biel ist nun aber genau das der Fall. Die 88 Wohncontainer auf dem Bözingenfeld sind in unmittelbarer Nähe der multikulturellen Stadt. Seit 2017 leben dort rund 200 Asylsuchende. Vorher wohnten die Bauarbeiter für die A-5-Umfahrung in den Baracken. Ein weiteres Problem des Zentrums: Die Nutzung der Container ist nur bis Herbst 2021 bewilligt. Und eine Verlängerung dürfte nicht so einfach werden. Denn die Unterkunft ist nicht zonenkonform.

«Mit dem Bözingenfeld nehmen wir die Kritik von SP und Grünen auf», entgegnet Müller. Insbesondere diese beiden Parteien waren der Meinung, dass Prêles wegen seiner Lage ungeeignet sei. Zudem ist er zuversichtlich, dass auch für die Zeit nach 2021 eine Lösung gefunden werden könne.

Forderungen an Kanton

Ob das möglich ist, lässt der zuständige Bieler Gemeinderat allerdings offen. Beat Feurer (SVP) sagt lediglich, dass der Kanton entscheiden könne, wie er die Container nutzen wolle, solange die Baubewilligung noch gültig sei. «Wir nehmen als Stadt vom Entscheid Kenntnis», so Feurer. Die Frage nach einer Verlängerung der Bewilligung könne er momentan schlicht noch nicht beantworten.

Bereits Erfahrung mit einem Rückreisezentrum haben die Gemeinden Gampelen und Aarwangen. Die dortigen Unterkünfte wurden bis 2014 als sogenannte Sachabgabezentren geführt, wo abgewiesene Asylsuchende ihre Nothilfe in Form von Naturalien beziehen konnten. Anschliessend wurden die Unterkünfte zu normalen Durchgangszentren umfunktioniert. Die Nothilfe wurde seither in den regulären Strukturen in Form von Geldbeträgen geleistet.

«Wir haben schon viel Erfahrung mit unserem Asylzentrum und sind nicht per se gegen die Pläne des Kantons.» Kurt Bläuenstein, Gemeinderatspräsident Aarwangen

Während die Gemeindepräsidentin von Gampelen, Barbara Béguin-Jünger, nichts zur bevorstehenden Änderung sagen will, gibt sich ihr Kollege in Aarwangen gelassen. Kurt Bläuenstein sagt: «Wir haben schon viel Erfahrung mit unserem Asylzentrum und sind nicht per se gegen die Pläne des Kantons.» Im Interesse der Anwohner habe die Gemeinde aber einige Forderungen gestellt. «Das Zentrum muss rund um die Uhr betreut werden, und der

Kanton muss die Ressourcen bereitstellen, dass die abgewiesenen Menschen bei der Rückreise unterstützt werden», sagt Bläuenstein.

Getrennte Schulklassen

Gerade der letzte Punkt ist ihm ein grosses Anliegen. Denn vor drei Jahren zeigte das Schweizer Fernsehen eine Dokumentarreihe mit dem Titel «Endstation Aarwangen». Porträtiert wurden abgewiesene Personen, die sich aber weigerten, auszureisen, und jahrelang im Dorf blieben. «Wir möchten nicht, dass es wieder so weit kommt und die Menschen hier quasi festsitzen», sagt Bläuenstein.

Er sieht aber auch positive Aspekte eines Rückreisezentrums. So würden die Kinder der abgewiesenen Asylsuchenden künftig in gesonderten Klassen in der Unterkunft unterrichtet. Heute gehen sie in die normale Schule. «Diese wird also ein wenig entlastet», sagt Bläuenstein.

Auch das ist Bestandteil des neuen kantonalen Asylregimes. Mit der Trennung von Asylsuchenden, die voraussichtlich in der Schweiz bleiben können, und jenen, die gehen müssen, verfolgt der Regierungsrat zwei Ziele: Erstere sollen möglichst rasch integriert, letztere schneller als bisher in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Dazu gehört, dass sich auch die Kinder von Abgewiesenen nicht zu stark an die hiesigen Bedingungen gewöhnen sollen.

Philippe Müller betont diesbezüglich, es sei unbestritten, dass auch künftig alle Kinder eine Klasse besuchen könnten. «Ob der Unterricht im Rückkehrzentrum oder in der normalen Schule stattfindet, müssen wir im Detail noch mit den betroffenen Gemeinden klären.»

Noch sind allerdings die rechtlichen Grundlagen für das neue Asylregime nicht in Kraft. Der Grosse Rat wird sich Ende November über die entsprechenden Gesetze beugen. Nach der ersten Lesung im Sommer ist aber bereits absehbar, dass an der Strategie der Regierung kaum noch etwas geändert wird.

Samstag 23. November 2019 07:51 von **Marius Aschwanden**